

unternommen, indem er die Begriffe umzudrehen versuchte und statt dessen von einer "Ökonomisierung der Vernichtung" sprach.

Im dem vorliegenden Tagungsprotokoll werden die Beiträge von Falk Pingel und Dieter Vaupel abgedruckt. Falk Pingel gibt einen Überblick über die historische Entwicklung des Arbeitseinsatzes in KZ's. Er stellt die Entwicklung in den Rahmen des Gesamtsystemes des Arbeitseinsatzes.

Dieter Vaupel beschreibt die Forschungen über die konkreten historischen Bedingungen in der Munitionsfabrik bei Hessisch-Lichtenau. Er zeigt auf, wie die wissenschaftliche Forschung ihre Auswirkungen um die Bemühungen um eine Anerkennung der ehemaligen Zwangsarbeiter/innen und für eine Gedenkstättenarbeit haben.

An Stelle eines Abdruckes des Vortrages von Prof. Obenaus soll hier auf einen Beitrag von ihm über "Konzentrationslager und Rüstungswirtschaft. Der Einsatz von KZ-Häftlingen in Industriebetrieben Hannovers" in dem auch sonst lesenswerten Band "Verfolgung, Ausbeutung, Vernichtung", herausgegeben von Ludwig Eiber, S. 160-183 (Hannover 1985, Fackelträger-Verlag). hingewiesen werden.

Das Protokoll kann nach der Sommerpause beim ASF-Gedenkstättenreferat, dem Arbeitskreis Stadtgeschichte Salzgitter oder der Friedrich-Ebert-Stiftung bezogen werden.

11.4.87

Zeugen aus der Nazi-Zeit berichteten vor dem SPD-Ortsverein Gebhardshagen

Haverlahwiese war für viele das Ende

Gedenkstätte soll an die Opfer erinnern — Ehemaliges „Lager 5“ vorgeschlagen

„Untertage galt das Bergrecht. Die Wachmannschaften haben die Zwangsarbeiter an der Seilfahrt abgeliefert und die Polen und Russen freuten sich dann richtig, als sie in Haverlahwiese einfahren durften. Wir haben sie behandelt wie deutsche Arbeiter auch. Gaben ihnen Zigaretten und zu essen. Da waren 15-, 16jährige Kerlchen und Kriegsgefangene, die sahen alle schlecht aus. Wir beide hatten jeweils 30 Zangsarbeiter unter uns. Für die waren wir verantwortlich und mußten bei Schichtende auch alle wieder abliefern, sonst waren wir dran.“ Karl Reinking, ehemals Fahrhauer auf Haverlahwiese, heute 79 Jahre alt, und sein Kumpel Josef Phillipp, damals Aufsichtshauer, 72 Jahre alt, erinnern sich noch gut an diese Zeit. Auf Einladung des SPD-Ortsvereins Gebhardshagen sprachen sie darüber mit Vorstandsmitgliedern am Donnerstag in der städtischen Verwaltungsstelle.

Aber Reinking und Phillipp, der von Beginn an dabei war, haben auch andere Dinge nicht vergessen. „Über-tage sah das schon anders aus. Wer im Tagebau Haverlahwiese arbeitete, hatte es schwer. Ein Russe hatte sich von einem alten Transportband ein Stück Gummi als Schuhsohle abgeschnitten. Den Mann haben sie dafür aufgehängt. Ein anderer Russe hatte sich vor Hunger eine Zuckerrübe im Feld ausgegraben. Man hat ihn mit Wasser übergossen und mit Kabeln und Schläuchen halbtot geschlagen. Ein deutscher Bergarbeiter, dessen Sohn in Rußland gefallen war, meldete sich extra zum Werkschutz. Er wollte sich rächen, sagte er mir. Der Mann, er ist inzwischen tot, sollte drei russische Häftlinge zum Lager 21 bringen. Die sind dort nie angekommen.“

Karl Reinking aus Gelsenkirchen-Buer und Josef Phillipp, gebürtiger Oberschlesier aus Leopschütz, wissen noch alles. Sie wissen, daß sich nach dem Zusammenbruch viele der Schläger in den Wäldern versteckt haben, einige auf Nimmerwiedersehen ver-

schwanden. Namen wollen sie nicht nennen. „Die kamen aus den umliegenden Dörfern oder waren nicht mehr fronttätigliche Soldaten. Aber das ist jetzt vorbei.“

Eben gerade nicht vorbei soll es nach dem Willen der Gebhardshagener SPD sein. Der Vorsitzende Gerhard Huppertz und dessen Stellvertreter Rolf Miesner erklärten dazu der Salzgitter-Zeitung, daß eine würdige Gedenkstätte quasi vor Ort an die Opfer erinnern soll. Huppertz: „Ob polnische, russische oder andere Zwangsarbeiter, ob deutsche Kumpels oder deren Familien — viele haben auf Haverlahwiese ihr Leben lassen müssen, wurden schwer verletzt, litten deren Familien. Ihnen allen muß hier ein Denkmal gesetzt werden.“

Rolf Miesner sagte, daß durch die Arbeit des Geschichtsvereins, dem Buch „Zwangsarbeit im Stahlkonzern“ von Wysocki und der Diskussion um den Erhalt der KZ-Außenstelle Neuen-gamme unter der Hochstraße bei P+S gerade in Salzgitter das Interesse der

Bevölkerung an den Vorgängen während der Nazi-Zeit groß sei. Indem Miesner und Huppertz eine derartige Gedenkstätte ablehnten, weil sie nicht öffentlich zugänglich und vom Lärm des Hüttenbetriebes beeinträchtigt sein würde, schlugen sie statt dessen das ehemalige „Lager 5“ vor.

So befinden sich an der Gustedter Straße unweit der Schachanlage Haverlahwiese, die bereits unter Denkmalschutz steht, noch zwei im Urzustand erhaltene Holzbaracken, die auch als Zwangsarbeiter-Unterkünfte dienten. Vom Arbeitsdienst errichtet, wohnten dort zunächst deutsche Zivilarbeiter, dann Polen und nach Kriegsende wieder Deutsche. Dann nutzte sie das Technische Hilfswerk und seit dessen Umzug nach Salder sind die Gebäude dem Verfall preisgegeben.

Diese Baracken will der SPD-Ortsverein Gebhardshagen als Gedenkstätte in das Ensemble Haverlahwiese mit Lohnhalle und Förderturm einbeziehen. „Das geht zunächst einmal den parlamentarischen Weg über Ortsrat und Rat der Stadt“, berichtete Huppertz und Miesner. Ferner könne sich auch der Konzern nicht seiner Verpflichtung entziehen, sei er doch schließlich einst Nutznießer gewesen. Hilfreich könnten für die Gebhardshagener auch die derzeitigen Überlegungen bei der Stadtverwaltung Salzgitter nach Alternativen zu dem Hochstraßen-Modell sein. Das Ergebnis soll als Vorlage in einer der nächsten Ratssitzungen besprochen werden.

J.J.

Alle Zeitungsartikel: Salzgitter Zeitung

P.S.: Die Genossen Huppertz und Meisner sind in leitender Stellung im Salzgitterkonzern tätig.

Aufklärungsarbeit intensivieren

KZ-Block unter der Hochstraße ein Ort ohne Alternative

Das Komitee „Dokumentationsstätte Drütte“ hat sich in seiner jüngsten Sitzung mit der Frage beschäftigt, wie seiner Forderung nach Erhaltung und entsprechender Ausgestaltung der Blocks des ehemaligen Konzentrationslagers unter der Hochstraße mehr Nachdruck verliehen werden kann.

Neben Initiativen bei Bundestags- und Landtagsfraktionen der Parteien und der Aufforderung an den Rat der Stadt, seinen Beschluß vom 18. Dezember 1985 nochmals zu bekräftigen, steht dabei als vordringliche Aufgabe die Intensivierung der Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit.

Als ein wichtiger Ausgangspunkt wurde dabei die eindrucksvolle Gedenkveranstaltung des Betriebsrates vom 11. April angesehen, deren Videoaufzeichnung für die Informations- und Bildungsarbeit in Parteien, Kirchen und Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden soll.

Darüber hinaus sollten die DGB-Veranstaltungen am Wochenende nach dem 1. Mai für eine anschauliche Präsentation des Projekts und seiner Machbarkeit genutzt werden. Zu diesem Zweck gab es eine entsprechende Ausstellung im Zelt.

Im Komitee herrscht Einheit darüber, daß allein die bislang ablehnende Haltung des Konzerns nicht als letztes Wort über die Möglichkeit einer Gedenkstätte in Drütte hingenommen

werden kann. Von daher stößt auch der von Vertretern der Gebhardshagener SPD in die öffentliche Debatte gebrachte Gedanke auf einhellige Ablehnung, eine Gedenkstätte im ehemaligen Lager 5 (Haverlahwiese) zugleich als machbare Alternative zu Drütte anzubieten.

Nach der festen Überzeugung der Komiteemitglieder kommt es nicht auf irgendeine Gedenkstätte an, sondern auf die Dokumentation des Leids der Zwangsarbeiter und des Zusammenhangs, in dem es ihnen zugefügt wurde, dort, wo dieser Zusammenhang am dichtesten und auch heute noch unmittelbar erfahrbar ist. In dieser Hinsicht ist der historische Ort unter der Hochstraße ohne Alternative.

Wieder nur Objekte politischen Handels

Es ist sicherlich aller Ehren wert, die Wiederkehr des Tages, an dem die Nazierrschaft und das Zwangsarbeiterunwesen in Salzgitter ihr Ende fanden, dafür zu nutzen, an Opfer und Leidensstätten zu erinnern, die bislang vielleicht nicht so im Mittelpunkt gestanden haben, und dies mit der Forderung nach einer greifbaren, würdigen Gedenkstätte zu verbinden. Wäre die im Artikel „Haverlahwiese war für viele das Ende“ vom 11. April vorgestellte Initiative aus der Gebhardshagener SPD nur dies, man könnte sie nur vorbehaltlos unterstützen.

Sie ist aber nicht nur dies, sie ist vielmehr auch — und das erklärtermaßen — der Versuch, eine Art „machbaren“ Gedenkstättenkompromiß in die Debatte und in die politischen Entscheidungsprozesse zu bringen. Die Art, wie dies gemacht und begründet wird, wirft einige Fragen auf.

Zunächst einmal die nach der Stichhaltigkeit der Gründe, die von den in der Zeitung zitierten Initiatoren für ihre Ablehnung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte in den ehemaligen KZ-Blocks unter der Hochstraße angeführt werden.

Vom Lärm des Hüttenbetriebes soll sie zum Beispiel beeinträchtigt sein! Einmal ganz abgesehen davon, daß das Lager nun einmal in den Hüttenbetrieb einbezogen war, und daß es genau diesen sozialen Ort von Zwangsarbeit zu dokumentieren gilt, soll die Gedenkstättenarbeit nicht auf unverbindliche Besinnlichkeit heruntergebracht werden.

Ebenso wie übrigens in jener anderen des Zugangs: Es gibt nun schon seit langem konkrete Vorschläge des Betriebsrates, wie dieses Problem gelöst

werden könnte. Sie können auch den Gebhardshagener Initiatoren nicht verborgen geblieben sein.

Schließlich müssen Eile und Anlage des Gebhardshagener Vorstoßes befremden: Gerade erst zur öffentlichen Kenntnis gebracht, ist das Projekt auch schon — so muß man den Artikel wohl verstehen — im formalen politischen Entscheidungsprozeß. Es drängt sich der Verdacht auf, daß die politische Auseinandersetzung um eine Gedenk- und Dokumentationsstätte in Drütte einfach dadurch abgewürgt werden könnte, daß andere Fakten geschaffen werden.

Man könnte all dies — auch mit Blick auf die Wahl des Datums für diesen Vorstoß — als eine Frage des politischen Geschmacks abtun, geschähe hier nicht Schlimmeres; würde hier nicht die Gedenkstättenfrage auf ein Problem möglichst reibungsloser Machbarkeit heruntergebracht, der gegenüber die Frage der politischen Substanz zum Beiwerk gerät. Daß dabei die Opfer von Haverlahwiese zu Objekten eines politischen Handels gemacht werden, bei dem weniger ihr Leid zählt, als vielmehr die opportune geographische Lage des Orts, an dem es ihnen zugefügt wurde, macht das Ganze besonders bitter: als ob einmal Objekt nicht gereicht hätte!

Dr. Jürgen Kädtler
Bismarckstraße 53
3320 Salzgitter-Bad
Arbeitskreis Stadtgeschichte